

## HAUSMITTEILUNGEN

Auf Wiedersehen,  
Johanna und Lukas!

Dank diesen beiden sind wir auf der WOZ klüger geworden, und Sie womöglich auch: Johanna Diener mit ihren Interviews und Recherchen über Klimafragen, die Pflegeinitiative oder die Pandemie in Afrika und anderswo; Lukas Tobler mit seinen Kommentaren und Recherchen über Frontex, die Sicherheitsbranche oder jetzt den drohenden Rückschritt in der Schweizer Energiepolitik auf der gegenüberliegenden Seite. Mit dieser Ausgabe verabschieden wir uns von den beiden Stagiaires – zum Glück allerdings nur formell. Lukas wird als freier Mitarbeiter weiterhin für die WOZ schreiben, und Johanna wird schon im April für eine halbjährige Stellvertretung auf die Redaktion zurückkehren. Nicht Adieu also, sondern auf Wiedersehen!

## Ruckus ergänzt

Unser Autor Ralf Ruckus berichtet regelmässig über die Entwicklung Chinas, zuletzt über die Olympischen Spiele. Aufgrund von Kürzungen fehlten im veröffentlichten Beitrag in WOZ Nr. 6/22 einige wesentliche Punkte. Nun haben wir den Bericht online wieder in Form gebracht. Die Spiele mögen vorbei sein, die Fragen zu ihrer Instrumentalisierung und ihrer Kommerzialisierung bleiben aktuell. Sie finden den Beitrag unter [www.woz.ch/olympia](http://www.woz.ch/olympia).

## DIESSEITS VON GUT UND BÖSE



## China fährt Ski

Es gibt Berufe, die ohne eine gewisse Realitätsverleugnung einfach nicht auszuüben sind. Papst zum Beispiel. Oder Diktator. Oder Modedesigner:in. Der eine kann noch nicht mal auf einen real existierenden Chef hinweisen. Der andere will nicht wahrhaben, dass ihn niemand leiden kann. Und dass in der Haute Couture die Körperformen von Durchschnittsmenschen konsequent ausgeblendet werden, ist unübersehbar.

Auch Sportfunktionär gehört in diese Reihe, insbesondere dort, wo die Karriere in einem Posten als Verbandspräsident gipfelt. Die grösste Herausforderung in diesem Beruf besteht darin, unablässig nur ein einziges Mantra zu wiederholen: Sport hat mit Politik nichts zu tun!

Das ist im Kleinen so, wenn Sportler:innen das Tragen eines T-Shirts mit engagiertem Slogan untersagt wird, und bei Grossveranstaltungen sowieso. Da schlägt die Stunde der genialen Leugner wie Gianni Infantino, der inzwischen voller Vorfreude auf die Fussball-WM halbjährlich im Autokratenemirat Katar wohnt. Oder René Fasel. Wobei dessen grosse Stunde – eine öffentlichkeitswirksame Knutscherei mit Alexander Lukaschenko – zum Glück schnell endete: Sein Verband untersagte, die Eishockey-WM in Belarus abzuhalten.

Und jetzt Thomas Bach. Am IOC-Präsidenten und seinen Reden zu Beginn und zum Ende der Olympischen Spiele lässt sich vorzüglich zeigen, wie ein wahrer Köhner das Instrumentarium schleimiger Verlogenheit beherrscht. «Die unvergessliche Erfahrung war nur dank unserer gütigen Gastgeber, der chinesischen Bevölkerung, möglich», sagte Bach zum Abschied, wobei diese ja gar nicht dabei war. Und dass die Spiele «der sicherste Ort auf diesem Planeten» gewesen seien, dürfte vor allem jenen bewusst sein, die wissen, wie China Orte sichert.

Doch Thomas Bach, der einstige Florettfechter, ist nur der willfähige Vertreter einer gigantischen Geldmaschine, auf die – auch in der Schweiz – niemand verzichten will. Sie wird gut geschmiert weiterlaufen. КНО

## NAZI-SYMBOLIK

Maximal unsensibler  
Bundesrat

VON ANNA JIKHAREVA

Hakenkreuze und Hitlergrüsse, einschlägige Parolen oder Reichskriegsflaggen: Geht es nach dem Bundesrat, sind rechtsextreme Symbole kein Problem. Kürzlich schmetterte er eine Motion von Mitte-Politikerin Marianne Binder ab, die ein Verbot dieser Zeichen im öffentlichen Raum gefordert hatte. Die Begründung dafür mutet bizarr an. In ihrer Antwort unterscheidet die Regierung zwischen «öffentlicher Sym-

pathiebekundung für eine diskriminierende Ideologie» und Propaganda: Erstere beeinträchtigt «die Menschenwürde und den öffentlichen Frieden nur mittelbar». Zudem müsse die gesellschaftliche Mehrheit auch «stossende Ansichten» aushalten. Kein Handlungsbedarf also.

Wie sich aktives Werben von passivem Zurschaustellen abgrenzen lässt, müssen heute die Gerichte entscheiden. Abgesehen davon, dass eine klare Rechtsgrundlage weniger anfällig für Willkür wäre, beeinträchtigen Hitlergrüsse oder Hakenkreuze die Würde der Betroffenen ganz direkt: Sie sind Ausdruck einer Ideologie, die den Opfern des Nationalsozialismus und deren Nachfahren schlicht ihre Daseinsberechtigung abspricht.

Auch das zweite Argument, wonach Prävention besser sei als strafrechtliche Repression, ist unverständlich. Bildungsangebote

sind zweifellos wichtig, und nichts spricht dagegen, diese zu intensivieren; doch zeigt jemand offen seine rechtsradikale Gesinnung, ist es für Aufklärung längst zu spät. Hinzu kommt, dass sich der Bund bisher nicht gerade durch grosszügige finanzielle Unterstützung solcher Angebote hervorgetan hat – vielmehr tragen zivilgesellschaftliche Akteure und jüdische Organisationen die meisten Kosten.

Organisierte Neonazis an Coronademos, krude Verschwörungsmythen im Internet: Antisemitismus ist dieser Tage allgegenwärtig. Auch der neuste Bericht der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) verzeichnet erneut einen Anstieg entsprechender Vorfälle. Vor diesem Hintergrund erscheint die Haltung des Bundesrats maximal unsensibel. Er zeigt damit, dass ihn die Bedrohung, der Jüd:innen in der Schweiz ausgesetzt sind, nicht kümmert.

## KOMMENTAR VON YVES WEGELIN

## Freiheit für die Banken

Mit den «Suisse Secrets» steht die CS schon wieder schlecht da. Und mit ihr alle bürgerlichen Parteien.

Caroni war es! Seit die «Süddeutsche Zeitung» zusammen mit über 160 Journalist:innen weltweit ihre Recherche über Credit-Suisse-Konten von Kriegsverbrechern, korrupten Politiker:innen und Kriminellen publiziert hat, steht FDP-Ständerat Andrea Caroni in der Kritik. Dies, weil er 2014 eine Gesetzesänderung durchs Parlament brachte, die Whistleblower und Journalist:innen bis zu drei Jahre ins Gefängnis bringen kann, wenn diese helfen, geleakte Konten von öffentlichem Interesse zu enthüllen. Darum haben bei den jüngst publizierten «Suisse Secrets» keine Schweizer Journalist:innen mitgemacht.

Caroni alleine verantwortlich zu machen, ist jedoch zu simpel. Wie ein Blick ins Parlamentsarchiv enthüllt, stimmten mit Ausnahme von SP und Grünen alle anderen Parteien für die Kriminalisierung von Journalist:innen: SVP, FDP, die CVP (heute Mitte) wie auch die GLP. Und zwar geschlossen.

Sahen FDP und SVP nicht eben noch die Freiheit der Medien bedroht, wenn der Staat diesen einen finanziellen Zustupf gewähren würde? Wenn sich der Staat in ihr (Medien-) Geschäft einmischte, warnen sie gerne vor dem Staat. Geht es jedoch darum, Schweizer Bankgeschäfte mit Kriminellen zu decken, schrecken sie nicht davor zurück, die Pressefreiheit staatlich zu stützen. Offenbar geht die Freiheit der Banken jener der Medien vor.

Dass das jüngste Leck Konten bis zurück in die 1940er Jahre enthält, verdeutlicht die Tradition, die der bürgerliche Staatsschutz für Banken hat. Das 1935 eingeführte Bankgeheimnis machte die Schweiz endgültig zum Tresor jener, die auch durch koloniale Ausbeutung Reichtum angehäuft hatten.

Was könne man von einer Bank anderes erwarten, deren Gründer Alfred Escher Sklavereivermögen aus Kuba geerbt habe und deren Vorläuferbanken tief in den Sklavenhandel verstrickt gewesen seien, fragte Historiker Hans Fässler als Reaktion auf die jüngst geleakten Konten. Das meiste Geld auf den Konten stammt aus Ländern des Südens wie Venezuela, Thailand oder Ägypten.

Als nach der Finanzkrise 2008 die USA und andere die Schweiz mit ihrem Bankgeheimnis in die Zange nahmen, schworen die Bürgerlichen und die Banken, mit der Tradition zu brechen. Allerdings blieben sie auf halbem Weg stehen: Mit rund neunzig ärmeren Ländern unterhält die Schweiz keinen automatischen Informationsaustausch (AIA), der das Bankgeheimnis abschaffen sollte. Trotz internationaler Kritik am lückenhaften Schweizer Geldwäschereigesetz lehnte das Parlament 2021 eine Verschärfung ab. Und anders als in

Vor allem gegenüber den Ländern des Südens ist das Bankgeheimnis nicht vom Tisch.

anderen Ländern kann die Schweizer Finanzmarktaufsicht (Finma) gegen fehlbare Banken keine Bussen verhängen.

Entgegen dem, was die Credit Suisse nun behauptet, sind die Probleme nicht vom Tisch. Etliche jüngst enthüllte Konten wurden erst vor wenigen Jahren geschlossen – oder bestanden zur Zeit des Lecks noch immer. Zudem war die Credit Suisse in den letzten Jahren immer wieder in Skandale verwickelt. 2018 stellte die Finma im Fall von Geschäften mit dem brasilianischen Ölkonzern Petrobras, der venezolanischen Ölfirma PDVSA und der Fifa zahlreiche Mängel bei der bankinternen Geldwäschereikontrolle fest. Vor allem gegenüber den Ländern des Südens ist das Bankgeheimnis nicht vom Tisch.

SP und Grüne fordern nun angesichts der Suisse Secrets, die Lücken beim Geldwäschereigesetz zu schliessen und die Finma mit Bussenkompetenz auszustatten – zudem wollen sie eine Anhörung der Credit Suisse durch das Parlament. Von den bürgerlichen Parteien ist dagegen kaum etwas zu hören. Falls sie weiterhin Schweizer Bankgeschäfte mit Kriminellen schützen, dürfte der internationale Druck jedoch steigen: Die konservative Fraktion des EU-Parlaments drohte am Montag, dass die Schweiz auf der schwarzen Liste landen könnte.

Ebenso fordern SP und Grüne, den von Caroni 2014 eingebrachten Gesetzesartikel abzuschaffen. FDP, SVP, Mitte und GLP erhalten so nochmals die Chance, zu beweisen, dass sie hinter der Pressefreiheit stehen.

## CREDIT SUISSE – DIE BANK FÜR ALLE

Das Problem der CS ist die Strategie Seite 4

## RUEDI WIDMER

## Unten links

«Russlands Rüstungsindustrie: «Putin ist der Chefmakler» Seite 9

